

Das „gewerkschaftliche Gefangenendilemma“ und die Herausforderung zu einer sozial-ökologischen Transformation – H.-J. Urbans Überlegungen als Impuls für einige weiterführende Thesen

Ein wichtiger Impuls für eine notwendige Debatte

Der Aufsatz von H.-J. Urban im Heft 1/2018 des „Sozialismus“ ist sehr verdienstvoll. Er macht auf die „eigentliche terra incognita“ von gewerkschaftsstrategischen Überlegungen aufmerksam, die unabweisbar dringlich sind – für eine linke transformatorische Politik und für die Gewerkschaften, die dafür immer noch von herausgehobener Bedeutung sind. Er versucht das Thema in seinem Gewicht für die Gewerkschaften dadurch sichtbarer zu machen, dass er von dem Politikfeld einer „Arbeitsökologie“ spricht, das sich aus der Schnittmenge von Reproduktion der Arbeitswelt, der Gesellschaft und der Natur ergibt (a. a. O. 54). Die Überlegungen laufen darauf hinaus, dass Wirtschaftsdemokratie in das strategische Zentrum einer Politik rücken muss, die die Zielkonflikte zwischen (1) „ökologischer Nachhaltigkeit“, (2) „beschäftigungspolitischer Nachhaltigkeit“, (3) einem „nachhaltigen Wettbewerbsmodell“ und (4) „einer nachhaltigen Qualität der Arbeit“ in neu und anders, eben demokratisch vergesellschafteten Entscheidungs- und Zielfindungsprozessen handhabbar macht (a. a. O. 56).

„Wenn der Mobilisierung für arbeitsökologische Fortschritte gewerkschaftsintern die gleiche Bedeutung (zukomme) wie Lohn- und Arbeitszeitkämpfen in den regulären Tarifrunden“, so argumentiert er weiter, „werden die Gewerkschaften einen großen Schritt vorangekommen sein.“ Derzeit seien aber noch „enorme Anstrengungen nötig, sich erneut auf die Höhe des Problems hinaufzuarbeiten“ (a. a. O. 55).

H.-J. Urban verweist in diesem Zusammenhang darauf, dass die IG Metall in Bezug auf den für sie zentralen Bereich von „Auto-Umwelt-Verkehr“ Zu Beginn der 1990er Jahre schon einmal weiter gewesen sei. Die Herausforderungen seien heute zudem „erheblich erschwert“ angesichts des „selbst verschuldeten Anerkennungs- und Ansehenssturzflug(s)“ der Automobilindustrie (a. a. O. 55) sowie der u. a. daraufhin verstärkten Anstrengungen „globale Elektromobilität (...) als neues äußerst lukratives Geschäftsfeld“ unter den Bedingungen einer weiterhin entfesselten globalen Marktökonomie zu entwickeln (a. a. O. 56). Es sei nämlich keineswegs ausgemacht, dass so „der ökologische Fußabdruck der E-Mobilität am Ende tatsächlich kleiner ausfällt. als der des klassischen Verbrenner-Antriebs“ (ebd.).

Der „Terminus der Nachhaltigkeit“ sei zwar „überstrapaziert“ (a. a. O. 58), aber es werde in der Zukunft im „magischen Nachhaltigkeitsviereck“ um die „Machtfrage“ gehen:

„Die Realisierung noch so elaborierter Transformationspläne kollidiert früher oder später mit Rendite- und Machtinteressen der wirtschaftlichen

und politischen Eliten. Und die Kollision mit Arbeitsplatzinteressen der Beschäftigten folgt auf dem Fuß. Vieles spricht dafür, dass hier die Stunde der Demokratie schlagen muss. Somit wird (Wirtschafts)Demokratie zum archimedischen Punkt von Konversionskonzepten, die eine naturverträgliche Produktions- und Konsumtionsweise mit sozialen und Beschäftigungsinteressen und der Überwindung der Shareholder-Value-Orientierung in den Unternehmen ausbalancieren wollen“,

schreibt er am Ende seiner Argumentation (a. a. O. 259) unter Verweis auf seinen eigenen Diskussionsbeitrag zu der in der IG-Metall nach Ausbruch der Weltfinanz- und „neuen Weltwirtschaftskrise“ (Krugman 2009) kurz aufgeflammtten Debatte um Wirtschaftsdemokratie innerhalb der IG Metall (Meine u.a. 2011).

Offene Fragen im Blick auf eine arbeitsökologische Mobilisierung

Der Beitrag ist nicht zuletzt deshalb verdienstvoll, weil er angesichts der großen Herausforderungen der Zeit völlig zu Recht auf die „eigentliche terra incognita“ gewerkschaftlicher Strategieüberlegungen verweist. Er müsste deshalb ein Impuls für weiterführende Debatten sein – und für die wären Beiträge gewerkschaftlich Aktiver wahrscheinlich wichtiger als die eines schon lange aus dem aktiven Erwerbsleben ausgeschiedenen Wissenschaftlers, der sich aber immerhin noch an arbeitspolitischen Debatten, und ein wenig auch noch an sie flankierender Forschung, beteiligt.¹ Mein Versuch, diesen Impuls aufzunehmen, kann nur sehr begrenzt sein. Aber vielleicht können die folgenden Thesen immerhin zur weiteren Diskussion anregen:

(1) Nicht die Demokratisierung der Wirtschaft ist der „archimedische Punkt von Konversionskonzepten“ sondern die Demokratisierung von Arbeit wird ihre Grundlage sein müssen.

Auf den ersten Blick ist die These der Zentralität von Wirtschaftsdemokratie einleuchtend. Aber die Fragen beginnen schon mit dem verwendeten Bild vom „archimedischen Punkt“. Physikalisch wäre das ein theoretischer „absoluter Punkt“ außerhalb eines Versuchsaufbaus. Archimedes meinte, von einem solchen Punkt aus, mit einem entsprechend langen Hebel, ganz allein die Welt aus den Angeln heben zu können.² Tatsächlich gibt es in der Physik abarische Punkte, in denen sich

¹ Ich gehörte 2001 zu den Initiatoren des „Forums Neue Politik der Arbeit“ (www.FNPA.eu), in dem ich immer noch aktiv mitarbeite, und habe als Mitglied der Dortmunder Forschungsgruppe Arbeit, Prävention, Politik (www.Dofapp.de) zuletzt bis zum Herbst 2016 in deren Rahmen an einem empirischen Forschungsprojekt über „Betriebsräte zwischen Prävention und Innovation“(Katenkamp u.a. 2017) mitgearbeitet.

² Im übertragenen Sinne wird die Formulierung in der Philosophie auch verwendet, um eine vollkommen evidente (unbezweifelbare) Wahrheit oder Tatsache zu bezeichnen.

die Anziehungskräfte zwischen zwei Massen aufheben – also, auf soziale Verhältnisse übertragen, wechselseitige Kräfteverhältnisse. Damit wäre man dann aber bei der Machtfrage, also der Frage danach, wie Machtverhältnisse tatsächlich in Bewegung gebracht werden könnten. Hier wäre meine These, dass eine Demokratisierung der Wirtschaft – als ein Prozess, in dem Zielkonflikte in dem von H.-J. Urban so bezeichneten „magischen Nachhaltigkeitsviereck“ angemessen artikuliert und demokratisch entschieden werden können, zunächst einmal eine Demokratisierung von Arbeit zur Voraussetzung hat. Es geht – gerade unter dem Stichwort einer „Ökologie der Arbeit“ - um eine „Neue Wirtschaftsdemokratie“³, die auf einer Demokratisierung der Arbeit auflagen muss. Im Zeichen der weiter fortschreitenden Digitalisierung „subjektiver Arbeit“ schafft „neue Arbeit“ dafür die Voraussetzungen. Die Arbeitenden als ökonomisch mitdenkende Unternehmer ihrer eigenen Arbeitskraft werden heute ja von den Angehörigen der herrschenden Eliten selbst beschworen. Es gilt daher, sie beim Wort zu nehmen und die Arbeitenden in ihre demokratischen Rechte zu setzen. Völlig zu Recht hat H.-J. Urban (2016, 54) in einem früheren Beitrag für den „Sozialismus“ geschrieben, dass „die Neukombination individueller Partizipations- und kollektiver Mitbestimmungsrechte (...) eines der Projekte sein (dürfte), über die sich die Zukunftsfähigkeit gewerkschaftlicher Arbeitspolitik bewähren muss.“ Und zu solcher Zukunftsfähigkeit gehört dann auch die Befähigung dazu, weitergehende Schritte zu einer Demokratisierung der Wirtschaft wirklich zu gehen. Nur so kann man sich im Übrigen auch eine Mobilisierung von Laien-Expertenwissen der Arbeitenden vorstellen, die jenes Wissen mobilisiert, das benötigt wird, um Konversionskonzepten die erforderliche Substanz zu verleihen. Oder, etwas holzschnittartig formuliert, es käme darauf an, Konzepte neu aufzugreifen, mit denen zu Zeiten des „mehr Demokratie wagen“ ja schon einmal zu experimentieren begonnen wurde. „Zukunftswerkstätten“ (Robert Jungk) oder „Planungszellen“ (Peter Dienel) wären da die Stichworte. Am Beispiel von „Stuttgart 21“ – allerdings erst, nachdem „das Kind in den Brunnen gefallen“ und Alternativen auch aus Sicht einer grünen Landesregierung im Kern schon verstellt war(en) - kann man sich im Übrigen vor Augen führen, wie solche Konzepte in unseren Zeiten weit fortgeschrittener Digitalisierung in Richtung auf eine immer breitere demokratische Öffentlichkeit weiter entwickelt werden könnten.

(2) Wir dürfen uns nicht nur an frühere, schon einmal weiter ausgearbeitete Konversionsvorstellungen erinnern. wir müssen auch darüber nachdenken, weshalb jüngere Forderungen und Ansätze für einen „Kurswechsel“ steckengeblieben sind

In den Jahren nach dem Ausbruch der Weltfinanzkrise 2008 ist die Aufforderung, Wirtschaftsdemokratie und dann auch einzelne Schritte auf ein solches Ziel hin neu zu denken, diskutiert und für gewerkschaftliche Strategiebildungsprozesse fruchtbar

³ Zur Demokratisierung von Arbeit siehe die Beiträge in Fricke/Wagner (2012).Vgl. zu meiner Unterscheidung von „alter und neuer Wirtschaftsdemokratie“, die u. a. daran anschließt meinen Beitrag in Sozialismus 2/2015, 44-48

zu machen versucht worden. Parteipolitisch spielen entsprechende Überlegungen hierzulande nur bei der Linken eine Rolle. In der Schweizer Sozialdemokratie sind entsprechende Vorstellungen dem hingegen im Ergebnis erfolgreicherer Debatten inzwischen Beschlusslage.⁴ In Deutschland ist eine ähnliche, allerdings nur gewerkschaftliche Debatte ziemlich rasch steckengeblieben. Hier hatte der Vorsitzende der IG Metall, Berthold Huber (2010), unter dem Eindruck der Weltfinanz- und einer drohenden neuen Weltwirtschaftskrise zunächst gefordert, einen „Kurswechsel für Deutschland“ herbeizuführen. Dabei gehe es um nicht weniger, als „die Industriegesellschaft neu (zu) gründen, Neues (zu) lernen, Macht anders (zu) verteilen – und die Demokratie wieder(zu)beleben“ (a. a. O. 72ff und 82ff). Man konnte diesen Impuls auch als den Versuch ansehen, die bereits in Gang gekommene gewerkschaftliche Kampagne „besser statt billiger“ zur Stärkung der für die deutsche Exportwirtschaft wichtigen diversifizierten Qualitätsproduktion und einer Revitalisierung der Deutschland AG mit einer Stärkung der Binnennachfrage durch so etwas wie einen sozialökologischen New Deal zu verknüpfen. Aber schon damals fehlte auch nicht der Hinweis darauf, dass die IG Metall Ende der 1980er Jahre schon einmal das Ziel proklamiert habe, „aus der Automobilbranche eine Mobilitätsbranche zu machen“, dieses Konzept dann aber „in die Schublade gelegt“ habe statt es „in den Mittelpunkt von Auseinandersetzungen mit den Managern zu stellen“ (a. a. O. 45). Das Ziel sollte allgemein formuliert ein „Zukunftsvertrag“ sein, der demokratische, soziale und ökologische Ziele vereint“ (a. a. O. 42). Und richtig es fehlte auch nicht die Feststellung, dass Schritte zu einem solchen Kurswechsel keine „Spaziergänge“ sein würden, und eine solche neue Politik nur als „Ergebnis eines harten Machtkampfes“ denkbar gewesen wäre (a. a. O. 44). Machtfragen aber sind zuvor im Rahmen der betriebs- und organisationspolitischen IG- Metall-Kampagne immer nur wohldosiert und –begrenzt aufgeworfen worden.⁵ In dem Moment, in dem die zunächst befürchtete krisenhafte ökonomische Entwicklung dann nicht eintrat, sich die deutsche Exportwirtschaft vielmehr bemerkenswert erfolgreich auf den Weltmärkten behaupten konnte und der gewerkschaftliche Vorstoß im herrschenden Politikbetrieb, der weiterhin an den neoliberalen Glaubenssätzen festhielt, keinerlei Resonanzen auslösen konnte, bahnte sich ökonomisch ein „Triumph gescheiterter Ideen“ (Lehndorff 2012a), aber zugleich auch des überkommenen institutionellen Denkens an.

Der Kurswechselkongress der IG Metall im Dezember 2012 (IGM 2013) führte die anfänglich bemerkenswert weitzielende gewerkschaftliche Debatte zu einem unbefriedigenden Ende. Es gab, im weiteren Vorfeld der Bundestagswahl im Herbst 2013, eine Art allgemeinen Apell an Politik und Arbeitgeber, aber es gab keinerlei

⁴ Zu den Debatten im FNPA siehe deren Dokumentation auf dessen Homepage (www.fnpa.eu). Zur Wirtschaftsdemokratiedebatte der Schweizer Sozialdemokratie siehe das Positionspapier SP Schweiz (2016) oder auch das Interview mit Cédric Wermut vom September 2017. Siehe in diesem Zusammenhang auch die „10 Thesen zum transformatorischen Aufbruch der Sozialdemokratie (Wermut/Zwicky 2017).

⁵ Siehe zu der Kampagne Der IG Metall u. a. Lehndorff (2012b) oder auch schon Martens/Dechmann 2010,108-115.

Arbeitsaufträge zur Konkretisierung von Vorschlägen in die eigene Organisation hinein, geschweige denn Ansätze zu so etwas wie einer gewerkschaftlichen Kampagne. Fragt man nach den Gründen, kommt man zu dem Ergebnis, dass die handlungsmächtigen institutionellen Akteure - Unternehmensleitungen und Arbeitgeberverbände, aber in den alten institutionellen Grenzen immer noch auch Gewerkschaften und Betriebsräte - und im Falle doch einmal konfliktgeladener Zuspitzungen ggf. auch Politiker in einer Schlichterrolle – immer noch, oder im Ausgang der ökonomischen Krise schon wieder, unter der Zielsetzung agierten, auf dem Niveau eines neuen Kompromisses den Fortgang des Geschäfts in den gewohnten Bahnen zu gewährleisten. Für die Sphäre der Politik zeigt sich so, dass die aus der Sicht der Wähler profiliertesten Politikerinnen offenkundig diejenigen sind, die sich als immer wieder einfallsreiche Virtuosen des ‚Weiter-so‘ entsprechend selbst zu inszenieren wissen. Im Blick auf die Gewerkschaften kann man in diesem Zusammenhang von „Selbstblockaden einer institutionalisierten Politik“ und dagegen von „der Notwendigkeit des Selbertuns“ sprechen (Martens 2014, 60ff). Fast erscheint einem die Lage der Gewerkschaften als ein ‚Gefangenendilemma‘ eigener Art ⁶, aus dem sie als institutionelle Akteure nur herauskommen können, wenn sie durch eine möglichst große Beteiligung einer möglichst großen Zahl von Menschen zweierlei bewerkstelligen, nämlich: erstens die Mobilisierung eines möglichst hohen Maßes an Sachkompetenz, das unausweichliche Risiken eines Kurswechsels mindern hilft; und zweitens die Herbeiführung eines möglichst breiten Konsenses, der allein es den Repräsentanten einer erst zu findenden ‚Neuen Politik der Arbeit‘ erleichtert, wenn nicht überhaupt erst ermöglicht, sich aus den vermeintlichen Sicherheitsversprechen der ‚bewährten‘ alten institutionellen Strategien schrittweise herauszuwagen.

(3) Es gilt gewerkschaftliche Beteiligungsansätze in Richtung auf wirtschaftsdemokratische Konzepte und Handlungsansätze weiterzuentwickeln und so solidarisches Denken und Handeln der Arbeitenden zu fördern.

Der Kritische Blick auf die steckengebliebenen gewerkschaftlichen Bemühungen um einen Kurswechsel ist notwendig, aber über ihn erschließt sich nur eine halbe Wahrheit. Die IG Metall hat zur gleichen Zeit ja mit einigem Erfolg aus ihrer Kampagne „besser statt billiger“ heraus Beteiligung der Beschäftigten selbst zu einem zentralen Thema ihrer Betriebspolitik gemacht (Wetzel 2015). Immer offenkundiger wird deren aktive Beteiligung für betriebliche und gewerkschaftliche

⁶ Im „klassischen“ Modell geht es darum, dass ein Einzelner unter Bedingungen unvollständiger Information abwägen muss, wie er seine individuellen Nutzenkalküle verfolgen kann. Frank Schirrmacher (2013) hat gezeigt, wie unser Handeln im neoliberal geprägten „Spiel des Lebens“ heute durch entsprechende Algorithmen zu steuern versucht wird. Ich verwende den Begriff hier im übertragenen Sinne für das gewerkschaftliche Problem, durch zu viel - und im Grundsatz so ungewohnte – Ermunterung zum „Selbertun“ und Mobilisierung gefahrzulaufen, die immer noch wichtigen - weil im Vergleich zu den meisten europäischen Nachbargewerkschaften doch erheblichen - Grundlagen institutioneller Macht u. U. selbst weiter auszuhöhlen.

Interessenvertretung unverzichtbar, wenn es gelingen soll, in betrieblichen Restrukturierungsprozessen, die einander mittlerweile infolge eines entfesselten globalen Wettbewerbs sozusagen in Permanenz „jagen“, wenigstens ansatzweise eigene Gestaltungsfähigkeit auf Augenhöhe innerhalb der überkommenen institutionellen Strukturen zu erringen. Und solche Beteiligungsansätze sind keineswegs nur im Rahmen der von der IG Metall als „Flucht nach vorn“ (Lehndorff 2012b) forcierten Kampagne „besser statt billiger“ zu beobachten. Wir finden sie vielmehr auch in anderen Branchen und auch im Organisationsbereich von Gewerkschaften, die als ausgesprochen sozialpartnerschaftlich orientiert gelten.⁷

Richard Sennetts Vorschlag, die Stärkung von Kooperationsfähigkeit als Basis für die Entwicklung eines „kooperative(n) von Anweisungen und Befehlen befreite(n) Leben(s)“ anzusehen (Sennett 2014, 372) und Solidarität, in diesen Zusammenhang gestellt, als eine eher nachgeordnete Größe zu begreifen, erweist sich als ausgesprochen anregender ‚Türöffner‘, wenn man die Fallstudien, die man bei Katenkamp u.a. nachlesen kann, unter dem Aspekt der Herstellung solidarischen Handelns reinterpretiert.⁸ Die empirischen Befunde der Studie streuen über sehr unterschiedliche Beschäftigtensegmente mit Arbeitenden aus unterschiedlichen sozialen Milieus. Das spricht unter anderem für die These, dass Solidarität⁹ aus der Tradition der marxistisch geprägten Arbeiterbewegung heraus unzulänglich gefasst wird, wenn sie vornehmlich als Ergebnis struktureller gleicher Arbeits- und Lebensbedingungen zu erklären versucht wird. Auch noch die empirisch gehaltvollen Untersuchungen zur „klassischen“ Arbeitersolidarität haben einen strukturellen Bias, der hier seine Wurzeln hat. Neben Sennetts Akzentsetzung auf Kooperation als Basis für Solidarität wäre im Übrigen auch an die philosophisch existenzielle Begründung des Solidaritätsbegriffs bei Albert Camus zu erinnern. der sich empirisch vor allem in den Standortkonflikten des Konjunkturzyklus 2002-2008 erhärten lässt, in denen sich solidarisches Handeln von Beschäftigtengruppen aus ganz unterschiedlichen sozialen Milieus entwickelte.¹⁰ Ähnlich wie *Demokratie als Revolte* als neuer Impuls in die politikwissenschaftlichen Debatten um eine „Krise der Demokratie“ neu eingebracht wird – und dort die bislang zu beobachtende konstruktive Bezugnahme auf Hannah Arendts Politikverständnis ergänzen kann –

⁷ Die zehn Fallstudien in der jüngsten Untersuchung von Katenkamp u.a. über „Betriebsräte zwischen Prävention und Innovation“ belegen das durchgängig. Sie streuen über Betriebe/Unternehmen im Organisationsbereich von IG Metall, IG BCE und ver.di.

⁸ Vgl. dazu Martens 2018.

⁹ ‚Solidarität‘ ist ein theoretisch höchst unscharfer Begriff, der selbst gewerkschaftlich eher floskelhaft gebraucht wird – oder schlicht als Entgegensetzung zu Konkurrenz. Sie sei „zum Grundwerterang aufgerückt“ und werde „einem über die Medien versprochen, sonst wüsste man nichts davon“, hat Dietrich Lange (1988, 124) gegen Ende der 1980er Jahre ernüchternd festgestellt. Zur Aktualität und theoretisch unumgänglichen Refundierung dieses Begriffes siehe – unter Bezugnahme u. a. auf Rainer Zoll 2000, Richard Sennett 2015, Albert Camus 2016 und in Anknüpfung an neuere Ergebnisse empirischer Arbeitsforschung Martens 2018.

¹⁰ Nicht zufällig wird Camus derzeit in politikwissenschaftlichen Diskurs als Autor entdeckt, mit dem sich „Demokratie als Revolte“ zwischen Alltagsdiktatur und Globalisierung überzeugend begründen lässt (vgl. Pausch 2017).

könnte das Konzept einer aus der Revolte in Form einer Übersteigerung des Menschen im anderen, oder mit Arendt formuliert in ihrem Zusammenhandeln, der Arbeits- und industriesoziologische Debatte zur Solidaritätsfrage einen Impuls geben.¹¹ Man muss sich dann aber darüber im klaren sein, dass es hier nicht mehr, wie aus einer marxistischen Tradition heraus oft auch in soziologischen Analysen zu traditionaler Solidarität mitschwingend, um jene überhöhten Solidaritätsvorstellungen geht, die ausgehend von der Sphäre von Arbeit und Wirtschaft und gestützt auf ein imaginäres Subjekt auf eine Zukunft verweisen sollen, die die Zwänge einer kapitalistischen Gesellschaft hinter sich lassen wird. Zwar steckt eine vergleichbare Emphase auch in Camus existenziellem Denken nach dem, im Spannungsbogen von „Solitaire“ und „Solidair“ begründet aus der Bewegung der Revolte eine Dynamik entfaltet werden kann, die letztlich auf die Solidarität der Menschen, also nicht des Proletariats, zielt. Aber die durchaus existenziellen Herausforderungen unserer Zeit werfen Fragen auf, die unsere Lebensweise grundlegend betreffen. Sie sind so grundlegend, dass Lösungen nicht ‚einfach‘ von der Sphäre von Arbeit und Wirtschaft her angegangen werden können. Zu Recht verweist H.-J. Urban ja immer wieder auf die Notwendigkeit einer „Mosaiklinken“, die soziale Bewegungen einschließen muss, die eine radikale Herrschaftskritik ausgehend von der Genderfrage oder der Infragestellung unseres herrschaftlichen Naturverhältnisses her formulieren. Aber unsere Gesellschaften sind immer noch Arbeitsgesellschaften. Von der Krise der Ökonomie über die der Demokratie bis hin zur Bewältigung der ökologischen Herausforderungen unserer Zeit, immer wird es auch um Ansatzpunkte in der Sphäre von Arbeit und Wirtschaft gehen, um die Stärkung von Zusammenarbeit und die Befähigung zu solidarischem Handeln. Doch zugleich wird man sagen müssen, dass es, die Sphäre von Arbeit und Wirtschaft übergreifend um die Entfaltung einer Lebensweise gehen wird, für die es auf unsere kooperativen Fähigkeiten ankommt, „die von der Gesellschaft erst noch entwickelt und gefördert werden müssen“ (Sennett 2014, 372).

(4) Eine neue Kultur Mosaiklinker Allianzen zu entwickeln bedeutet nicht zuletzt, die zum Teil parallelen Diskurse noch stärker füreinander zu öffnen, die sich kritisch gegen das schlafwandlerische „Weiter-so“ des herrschenden Politikbetriebs wenden

H.-J. Urbans Überlegungen münden in die Frage, wie strategische Orientierungen der Gewerkschaften, so wie er sie als notwendig erachtet, darauf hinauslaufen könnten, „eigene Machtressourcen durch die Kooperation mit anderen Bewegungen, Initiativen und Organisationen zu ergänzen“, wobei er insbesondere an zivilgesellschaftliche Akteure und kritische Wissenschaft denkt (a. a. O. 60). Er sieht die Gewerkschaften hier vor der Aufgabe „eine *neue Kultur mosaiklinker Allianzen* zu

¹¹ Im Grunde hat die Arbeits- und Industriesoziologie in ihrem Mainstream die Beschäftigung mit dem Solidaritätsbegriff mit dem Ende der „alten“ Arbeitersolidarität und den Ende der 1980er Jahre einsetzenden Debatten um Individualisierung mehr oder weniger stillschweigend beerdigt. Umso bemerkenswerter, dass die „Industriellen Beziehungen“ jüngst einen Call for Papers zum Thema „Solidarität in der Arbeitswelt“ gemacht haben.

entwickeln“. Dies sei zwingend, weil ein Kapitalismus, der sich auf das von ihm skizzierte „öko-soziale Demokratie- und Wachstumsmodell einließe“ nicht mehr viel dem Kapitalismus gemein hätte, den wir heute kennen (ebd.) - und dessen Fortführung im Geiste einer worthülsenakrobatisch beschworenen sozialen Marktwirtschaft von herrschenden Politikbetrieb ungebrochen beschworen wird. Dem ist zuzustimmen – und man wird sich wünschen, dass dafür die konzeptionellen Debatten noch breiter geöffnet werden, als das bislang der Fall ist. Für unsere Gewerkschaften stellt sich dann aber als erstes die Frage, ob sie ihre eigenen Machtressourcen eigentlich schon hinreichend mobilisieren und wie sie zukünftig besser mobilisieren können. Für solche Mobilisierung sind die angesprochenen Potenziale und Ansätze zu einer Demokratisierung von Arbeit von größter Bedeutung. aber der Schritt in Richtung auf ein neues Durchdenken und dann auch praktisches Fordern und Erproben einer Demokratisierung der Wirtschaft ist danach immer noch gewaltig. Konzeptionell wird das deutlich, wenn man heute z.B. Albert Camus „Mensch in der Revolte“ neu liest – erstveröffentlicht 1951 als scharfe philosophische Kritik des Marxismus-.Leninismus. Camus schreibt da:

„Es beleuchtet nur das Drama unserer Zeit, in der die Arbeit, weil ganz der Produktion unterstellt, aufhörte schöpferisch zu sein. Die industrielle Gesellschaft wird nur dann den Weg zu einer Kultur bahnen, wenn sie dem Arbeiter seine Würde als Schöpfer zurückgibt, d. h. wenn sie sein Interesse und seine Gedanken ebenso auf die Arbeit wie auf ihr Produkt lenkt“ (Camus 2016, 358).

Das Zitat, entnommen aus einem der abschließenden Essays seines Buches, zeigt zunächst einmal, dass Camus – insofern der Geschichte der Arbeiterbewegung, und in ihr in der späteren Formulierung Sennetts (2014, 61ff) der „sozialen Linken“ eng verbunden – seinen Blick in besonderer Weise der Sphäre von Arbeit und Wirtschaft zugewandt hat. Aber für die ‚politische Linke‘ gilt eben, dass sie nie wirklich darauf zielte, die *Gedanken* der abhängig Beschäftigten ebenso auf die Arbeit wie auf ihr Produkt zu lenken. Peter von Oertzen (1976, 77) stellt völlig zutreffend fest.

„In der Praxis beschränkte sich die Bewegung darauf, in zwei getrennten Organisationen, Partei und Gewerkschaft, die Interessen der Arbeiter als Staatsbürger und die Interessen der Arbeiter als Lohnempfänger zu vertreten. Der Arbeiter als Produzent, als Leiter und Gestalter der sozialistisch organisierten Gesellschaft hatte in der Vorstellungswelt der sozialdemokratischen deutschen Arbeiterbewegung keinen Platz.“

Das gilt folglich auch für die wohlfahrtsstaatlichen Nachkriegsdemokratien. Und In den heutigen ‚fortgeschrittenen‘ Gesellschaften, in denen das ‚Spiel des Lebens‘ (Schirrmacher 2013) fortschreitend neoliberal umgestaltet wird, die man mit guten Gründen aber immer noch als institutionell verfasste Arbeitsgesellschaften bezeichnen muss, auch wenn diese Institutionen der Arbeit unter massivem Erosionsdruck stehen, gilt das noch unverändert. Gewerkschaftliche Ansätze, Wirtschaftsdemokratie neu zu denken, sind hierzulande in den Jahren 2010/11 nur kurz aufgeflammt und dann rasch steckengeblieben, als die deutsche Exportwirtschaft erneut auf Touren lief. Kämpfe um Beteiligung im Hinblick auf eine

Stärkung der Rationalität von Kooperation werden seither von Belegschaften, Betriebsräten und Gewerkschaften hartnäckig und nicht ohne Erfolge geführt. Aber das hat, die Untersuchung von Katenkamp u.a. zeigt, meist den Charakter einer Sisypusarbeit. Es mangelt an Klarheit über strategische Perspektiven. Der „Stagnations- und Schrumpfkapitalismus“¹², dessen weiteres Wachstum von den herrschenden Eliten beschworen wird, verspricht keine dauerhafte Stabilität – auch nicht für die immer noch erfolgreiche exportorientierte deutsche Wirtschaft und schon gar nicht für Europa. Mithin kann man nur unterstreichen: Die Herausforderungen, von denen H.-J. Urban spricht, sind gewaltig – und zwar zunächst einmal auch für die Gewerkschaften selbst.

Literatur:

- Camus, A. (2016): Der Mensch in der Revolte (31. Auflage), Reinbeck bei Hamburg
- Fricke, W./Wagner, H. (Hg.) (2012): Demokratisierung der Arbeit. Neuansätze für Humanisierung und Wirtschaftsdemokratie, Hamburg
- Huber, B. (2010): Kurswechsel für Deutschland. Lehren aus der Krise, in: ders. (Hg.): Kurswechsel für Deutschland. Lehren aus der Krise, Frankfurt/New York, S. 13-89
- IG Metall Vorstand (2013): Ökonomie, Ökologie, Soziales Europa. Kurswechselkongress Berlin, 5. – 7. Dezember 2012, Frankfurt am Main
- Katenkamp, O.; Dechmann, U. Guhlemann, K.; Martens, H.; Maylandt, J.; Meyn, C.; Peter, G. mit einem Gastbeitrag von W. Kothe (2017): Betriebsratshandeln zwischen Prävention und Innovation – die Bedeutung der §§ 90/91 BetrVG für die Gestaltung von Restrukturierungsprozessen, Düsseldorf
- Krugman, P. (2009): Die neue Weltwirtschaftskrise, Frankfurt a.M./New York
- Lange, D. (1988): Solidarität und Selbsthilfe. Kommunale Sozialpolitik und Gewerkschaften, Marburg
- Lehndorff, S. (2012a): Ein Triumph gescheiterter Ideen. Warum Europa tief in der Krise steckt – zehn Länderfallstudien, Hamburg
- (2012b): „Besser statt billiger Demokratisierung der Arbeit als Flucht nach vorn. in: Fricke, W.; Wagner, H. (Hg.): Demokratisierung der Arbeit. Neuansätze für Humanisierung und Wirtschaftsdemokratie, Hamburg, S. 203-221
- Martens, H. (2014): Politische Subjektivierung und ein neues zivilisatorisches Modell. Plessner, Elias, Arendt, Foucault und Rancière zusammen- und weiterdenken, Münster
- (2015): Alte und neue Wirtschaftsdemokratie, in: Sozialismus 2/2015, S. 44-48
 - (2016): Refeudalisierung oder Überwindung des Kapitalismus? Am Ende der industriekapitalistischen Wachstumsdynamik, Hamburg.
 - (2018): Neoliberales Rollback, Solidarität und Zusammenarbeit in der Arbeitswelt. Zur Aktualität und unumgänglichen theoretischen Refundierung einer alten Fragestellung, www.drhelmutmartens.de (der Text kommt im Februar 2018 auf meine Homepage)
- Martens, H.; Dechmann, U. (2010): Am Ende der Deutschland AG. Standortkonflikte im Kontext einer neuen Politik der Arbeit, Münster
- Oertzen, P. v (1976): Betriebsräte in der Novemberrevolution, 2., erweiterte Auflage, Berlin/Bonn-Bad-Godesberg (Erstauflage Düsseldorf 1963)
- (1984): Für einen neuen Reformismus, Hamburg

¹² H.-J. Urban (a. a. O. 60) verwendet diese Formulierung. Vgl. in diesem Zusammenhang die ökonomische Analyse zum Ende der industriekapitalistischen Wachstumsdynamik von K. G. Zinn (2015), der von einer „Refeudalisierung“ der kapitalistischen Ökonomie spricht und siehe in diesem Zusammenhang auch meinen Beitrag zur absehbaren sozialen und politischen Dimension dieser Entwicklung (Martens 2016).

- Pausch, M. (2017): Demokratie als Revolte. Zwischen Alltagsdiktatur und Globalisierung, Baden-Baden
- Positionspapier SP Schweiz. (2016): Eine Zukunft für alle statt für wenige – Eine demokratische, ökologische und solidarische Wirtschaft zum Durchbruch bringen. Verabschiedet am Parteitag vom 3./4. Dezember 2016, https://www.sp-ps.ch/sites/.../positionspapier_wirtschaftsdemokratie_definitiv_d_0.pdf
- Schirrmacher, F. (2013): Ego – Spiel des Lebens, München
- Sennett, R. (2015) Zusammenarbeit. Was unsere Gesellschaft zusammenhält, München
- Urban, H.-J. (2016): Digitale Visionen als Leitbilder? Plädoyer für einen Digitalisierungsrealismus in der Arbeitspolitik, in: Sozialismus, 2/2016, S. 47-55
- Ökologie der Arbeit & soziale Transformation als Strategiethema, in: Sozialismus 1/2018, S. 53-60
- Wermut, C.; Zwicky, P. (2017): 10 Thesen zum transformatorischen Aufbruch der Sozialdemokratie, in: Widerspruch, Heft 69,
- Wetzel, M. (Hg.) (2015): Beteiligen und Mitbestimmen. Für eine lebendige Demokratie in Wirtschaft und Gesellschaft.
- Zoll, R. (2000): Was ist Solidarität heute? Frankfurt am Main